Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3659

Sachgebiet 826

Vorblatt

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 9. November 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

A. Zielsetzung

Durchführung des deutsch-jugoslawischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 12. Oktober 1968 durch die zuständigen Stellen in beiden Vertragsstaaten.

B. Lösung

Die Durchführungsvereinbarung vom 9. November 1969 enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen technischen Bestimmungen und ermächtigt die Verbindungsstellen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen — einschließlich des Zahl- und Erstattungsverfahrens — unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen. Sie regelt ferner die Verwaltungshilfe der Träger und Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 8 21
Telefon 6 35 51

Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3659

Sachgebiet 826

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/3) — 806 06 — So 29/72

Bonn, den 14. Juli 1972

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 9. November 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit

mit Begründung.

Der Wortlaut der Durchführungsvereinbarung in deutscher und jugoslawischer Sprache sowie die Denkschrift zur Durchführungsvereinbarung sind gleichfalls beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 383. Sitzung am 7. Juli 1972 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für besondere Aufgaben
Ehmke

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 8 21
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 9. November 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Bonn am 9. November 1969 unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 10 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Die Vereinbarung bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da die Vereinbarung das von den Ländern durchzuführende Verwaltungsverfahren regelt.

Zu Artikel 2

Die Vereinbarung soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 10 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

Sporazum o sprovodjenju Sporazuma od 12. oktobra 1968. godine izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o socijalnom obezbedjenju

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

haben zur Durchführung des am 12. Oktober 1968 geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit — im folgenden Abkommen genannt — folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die im Abkommen angeführten Ausdrücke in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

(1) Den nach Artikel 34 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der versicherten Bevölkerung über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen. Sie vereinbaren unbeschadet des Artikels 34 Absatz 1 des Abkommens und unter Beteiligung der zuständigen Behörden jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich die Verwaltungsmaßnahmen — einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen an Empfänger im Gebiet des jeweils anderen Vertragsstaates —, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind.

(2) Soweit es sich nicht bereits aus den anzuwendenden Rechtsvorschriften ergibt, haben die in Artikel 29 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten der Beteiligten erforderlich sind.

(3) Besteht nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates oder in dessen Rechtssystem gegeben sind.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 3

Die Pflicht des Versicherten, dem zuständigen Träger das Vorliegen der Arbeitsunfähigkeit mitzuteilen, besteht bei Anwendung des Artikels 4 Absatz 1 des Abkommens nur gegenüber dem Träger des Aufenthaltsortes.

Savezna Republika Nemačka

i

Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija

sporazumele su se o sprovodjenju Sporazuma o socijalnom obezbedjenju — u daljem tekstu nazvanog Sporazum — zaključenog 12. oktobra 1968. godine, kako sledi:

Odeljak I

Opšte odredbe

Član 1

U sledećim odredbama upotrebljavaju se izrazi u značenju koje imaju u Sporazumu.

Član 2

(1) Prema članu 34 stav 2 Sporazuma obrazovani organi za vezu dužni su da u okviru svoje nadležnosti objašnjavaju osiguranicima prava i dužnosti prema Sporazumu. Oni se dogovaraju, ne dirajući u odredbe člana 34 stav 1 Sporazuma, i uz sudelovanje nadležnih organa svaki za svoje područje nadležnosti, o administrativnim merama — uključujući postupak za naknadu i plaćanje novčanih davanja primaocima na teritoriji druge države ugovornice — koje su potrebne i celishodne za sprovodjenje Sporazuma.

(2) Ukoliko to već ne proizilazi iz pravnih propisa koje treba primenjivati, organi, pomenuti u članu 29 stav 1 Sporazuma, dužni su da u okviru svoje nadležnosti jedan drugom i licima na koje se Sporazum odnosi, saopštavaju činjenice i stavljaju na raspolaganje dokaze, koji su potrebni za obezbedjenje prava i dužnosti zainteresovanih.

(3) Ako prema pravnim propisima koje treba primeniti postoji obaveza da se nosiocu ili nekom drugom organu saopšte odredjene činjenice, onda ova obaveza važi i u odnosu na odgovarajuće činjenice koje postoje na teritoriji druge države ugovornice ili u njenom pravnom sistemu.

Odeljak II

Posebne odredbe

Glava 1

Zdravstveno osiguranje

Član 3

Obaveza osiguranika, da nadležnom nosiocu prijavi postojanje nesposobnosti za rad, postoji kod primene člana 4 stav 1 Sporazuma samo prema nosiocu mesta boravka.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 4

Artikel 3 gilt entsprechend.

Glava 2

Osiguranje za slučaj nesreće na poslu

Član 4

Član 3 važi odgovarajuće.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 5

Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter für die Feststellung der Leistung mit Ausnahme der Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie der Beitragserstattung zuständig, wenn

a) auch Versicherungszeiten nach den jugoslawischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder

b) wegen sonstiger im Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zurückgelegter Zeiten die Rechtsvorschriften über Fremdrenten anzuwenden sind oder

c) der Berechtigte sich im Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gewöhnlich aufhält.

Sie ist auch für die Beitragserstattung zuständig, wenn

1. ihr die Vergabe der Versicherungsnummer obliegt oder obläge, wenn der Berechtigte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland versicherungspflichtig beschäftigt wäre, oder
2. der Berechtigte sich im Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gewöhnlich aufhält oder
3. der Berechtigte von einer anderen Landesversicherungsanstalt eine Versicherungsnummer erhalten hat und am Tag der Antragstellung jugoslawischer Staatsangehöriger ist.

Die Zuständigkeit der Sonderanstalten bleibt unberührt.

Glava 3

Penzijsko osiguranje

Član 5

Ukoliko nemački pravni propisi to već ne propisuju, organ za vezu za penzijsko osiguranje radnika nadležan je za utvrdjivanje davanja, izuzimajući mere za održanje, povećanje i ponovno uspostavljanje radne sposobnosti kao i za vraćanje doprinosa,

a) ako je i vreme osiguranja navršeno ili se može uračunati po jugoslovenskim pravnim propisima, ili

b) ako zbog drugog vremena, koje je proveo na teritoriji Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, treba primenjivati pravne propise o stranim penzijama, ili

c) ako nosilac prava prebiva na teritoriji Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

On je nadležan i za vraćanje doprinosa,

1. ako u njegovu nadležnost spada ili bi spadalo odredjivanje osiguraničkog broja, ako bi nosilac prava na teritoriji Savezne Republike Nemačke bio zaposlen sa obavezom osiguranja, ili
2. ako nosilac prava prebiva na teritoriji Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, ili
3. ako je nosilac prava dobio osiguranički broj od nekog drugog pokrajinskog zavoda za osiguranje i ako je na dan postavljanja zahteva bio jugoslovenski državljanin.

Ovim se ne dira u nadležnost posebnih zavoda.

Kapitel 4

Kindergeld

Artikel 6

Verbindungsstellen im Sinne des Artikels 34 Absatz 2 Satz 1 des Abkommens sind

in der Bundesrepublik Deutschland

die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit (Kindergeldkasse), Nürnberg,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

die Bundesanstalt für Sozialversicherung.

Glava 4

Dodatak na decu

Član 6

Organi za vezu u smislu člana 34 stav 2 rečenica 1 Sporazuma su

u Saveznoj Republici Nemačkoj

Glavni ured Saveznog zavoda za rad (Blagajna za isplatu dodatka na decu), Nürnberg,

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji

Savezni zavod za socijalno osiguranje.

Artikel 7

(1) In der Bundesrepublik Deutschland ist der Antrag auf Kindergeld nach Artikel 28 des Abkommens unter Vermittlung des Arbeitgebers bei dem Arbeitsamt zu stellen, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist.

(2) In der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist der Antrag auf Kindergeld nach Artikel 28 des Abkommens unter Vermittlung des Arbeitgebers bei der Kommunalen Sozialversicherungsanstalt zu stellen, in deren Bereich der Betrieb liegt, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist.

Član 7

(1) U Saveznoj Republici Nemačkoj, zahtev za dodatak na decu, prema članu 28 Sporazuma, podnosi se preko poslodavca uredu za zapošljavanje (Arbeitsamt), na čijem se području nalazi preduzeće u kojem je radnik zaposlen.

(2) U Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji, zahtev za dodatak na decu, prema članu 28 Sporazuma, podnosi se preko poslodavca komunalnom zavodu za socijalno osiguranje na čijem području se nalazi preduzeće u kojem je radnik zaposlen.

Artikel 8

Verwendet der Arbeitnehmer das ihm ausgezahlte Kindergeld nicht für den Unterhalt des Kindes, so gilt folgendes:

1. Der zuständige Träger zahlt auf Antrag und durch Vermittlung der Verbindungsstelle des Wohnlandes der Kinder nach Anhörung des Arbeitnehmers mit befreiender Wirkung das auf ein Kind entfallende Kindergeld an die natürliche oder juristische Person, die tatsächlich für das Kind sorgt. Erfüllen neben dem Ehegatten des Arbeitnehmers auch andere Personen diese Voraussetzungen, so ist das Kindergeld dem Ehegatten auszuzahlen. In den übrigen Fällen, in denen mehrere Personen gleichzeitig die genannten Voraussetzungen erfüllen, ist das Kindergeld der Person auszuzahlen, die für das Kind überwiegend sorgt.
2. Als auf ein Kind entfallendes Kindergeld im Sinne der Nummer 1 gilt der Betrag, der sich bei einer gleichmäßigen Verteilung des für die Kinder gewährten Kindergeldes auf alle Kinder ergibt.
3. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger des Kindergeldes im Sinne der Rechtsvorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gezahlten Kindergeldes.

Die Verbindungsstelle des Wohnlandes der Kinder hat den Antrag zurückzunehmen, sobald dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

Član 8

Ako radnik dodatak na decu koji mu se isplaćuje ne koristi za izdržavanje deteta, važi sledeće:

1. Nadležni nosilac na zahtev i posredstvom organa za vezu zemlje u kojoj su deca nastanjena, po saslušanju radnika, isplaćuje sa oslobadjajućim dejstvom pripadajući dodatak za dete, fizičkom ili pravnom licu koje se stvarno stara o detetu. Ako pored bračnog druga radnika ove uslove ispunjavaju i druga lica, onda se dodatak na decu isplaćuje bračnom drugu. U ostalim slučajevima, u kojima više lica ispunjavaju istovremeno promenute uslove, dodatak na decu se isplaćuje licu, koje se pretežno stara o detetu.
2. Dodatak koji pripada jednom detetu u smislu br. 1 je iznos koji se dobija deljenjem priznatog dodatka sa ukupnim brojem dece.
3. Radnik važi kao primalac dodatka na decu u smislu pravnih propisa o vraćanju nepravilno isplaćenog dodatka na decu.

Organ za vezu zemlje u kojoj deca prebivaju mora povući zahtev kada uslovi za njega više ne postoje.

Abschnitt III
Schlußbestimmungen

Artikel 9

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 10

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Belgrad ausgetauscht werden.

(2) Diese Vereinbarung tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden mit Wirkung von dem Tage an in Kraft, an dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 9. November 1969 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und serbo-kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. K. Jantz

Für die
Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Dr. Špicar

Odeljak III
Završne odredbe

Član 9

Ovaj sporazum važi i za Land Berlin, ukoliko Vlada Savezne Republike Nemačke ne podnese Vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, u roku od tri meseca, nakon stupanja na snagu ovog sporazuma, suprotnu izjavu.

Član 10

(1) Za ovaj sporazum potrebna je ratifikacija; ratifikacioni instrumenti razmeniće se što je pre moguće u Beogradu.

(2) Ovaj sporazum stupa na snagu nakon razmene ratifikacionih instrumenata sa važnošću od dana kada je Sporazum stupio na snagu.

U POTVRDU ČEGA su opunomoćenici potpisali ovaj sporazum i stavili svoje pečate.

RADJENO u Bonn-u dana 9. novembra 1969. godine u četiri originala, dva na nemačkom i dva na srpskohrvatskom jeziku, pri čemu svaki tekst je jednako obavezan.

Za Saveznu Republiku Nemačku
Prof. Dr. K. Jantz

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
Dr. Špicar

Denkschrift

I

Allgemeines

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen technischen Bestimmungen und ermächtigt die Verbindungsstellen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen — einschließlich des Zahl- und Erstattungsverfahrens — unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen. Sie regelt ferner die Verwaltungshilfe der Träger und Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

II

Besonderes

Artikel 3 und 4 enthalten Durchführungsbestimmungen für die Kranken- und Unfallversicherung.

Artikel 5 regelt die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Artikel 6 bis 8 bestimmen die für Anträge auf Familienzulagen zuständigen Stellen und enthalten das Nähere zur Durchführung der kindergeldrechtlichen Bestimmungen des Abkommens.

Die zuständigen Stellen in beiden Staaten verfahren seit dem Inkrafttreten des Abkommens am 1. September 1969 bereits nach dem Inhalt der Durchführungsvereinbarung, um die Durchführung des Abkommens zu gewährleisten. Mit der in Artikel 10 vorgesehenen Rückwirkung des Inkrafttretens auf den Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird die Bindung an die zeitliche Geltungsdauer des Abkommens erreicht, die notwendig ist, um die verwaltungsmäßige Durchführung des Abkommens durch die Versicherungsträger und Verbindungsstellen vom Tage des Inkrafttretens des Abkommens an sicherzustellen. Durch diese Regelung werden den Versicherten und den Versicherungsträgern rückwirkend weder bestehende Rechte entzogen noch gegenüber dem bisherigen Rechtszustand zusätzliche Pflichten auferlegt.

Bn 212118 7.72